

Zeitschrift: Berner Schulblatt
Herausgeber: Bernischer Lehrerverein
Band: 115 (1982)
Heft: 48

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 31.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Organ des bernischen Lehrervereins
115. Jahrgang. Bern, 3. Dezember 1982

Organe de la Société des enseignants bernois
119^e année. Berne, 3 décembre 1982

Ergebnis der Urabstimmung zur Frage des Schuljahrsbeginns

In der Abstimmung zur Frage, ob der Bernische Lehrerverein den Vorschlag des Bundesrates unterstützen soll, die Bundesverfassung durch folgenden Satz zu ergänzen: «*Das Schuljahr beginnt zwischen Mitte August und Mitte Oktober*», wurde das folgende Ergebnis ermittelt:

Verschickte Stimmkarten

– deutschsprachiger Kantonsteil	6899
– französischsprachiger Kantonsteil	656
	7555

Stimmbeteiligung

Eingetroffene gültige Stimmkarten
(Poststempel bis 19. 11. 1982)

– deutschsprechende Mitglieder	3868	(56,1 %)
– französischsprachige Mitglieder	339	(51,7 %)
	4207	(55,7 %)

Leer	18
------	----

Deutschsprechende Mitglieder

– Ja-Stimmen	1048	(27,2 %)
– Nein-Stimmen	2802	(72,8 %)

Französischsprachige Mitglieder

– Oui	329	(97,1 %)
– Non	10	(2,9 %)

Bern, den 23. November 1982

Das Büro der Abgeordnetenversammlung
Dr. Hanspeter Schüepp
Rose-Marie Gantier
Herbert Wyss

Début de l'année scolaire Résultats de la votation générale

La votation générale destinée à savoir si la Société des enseignants bernois devait soutenir la proposition du Conseil fédéral qui envisage de modifier la Constitution en y ajoutant la phrase *L'année scolaire débute entre la mi-août et la mi-octobre* a donné les résultats suivants:

Cartes de vote envoyées

– Partie allemande du canton	6899
– Partie française du canton	656
	7555

Participation

Cartes de vote valables

(oblitération postale jusqu'au 19. 11. 82)

– Membres de langue allemande	3868	(56,1 %)
– Membres de langue française	339	(51,7 %)
	4207	(55,7 %)

Bulletins blancs	18
------------------	----

Membres de langue allemande

– Oui	1048	(27,2 %)
– Non	2802	(72,8 %)

Membres de langue française

– Oui	329	(97,1 %)
– Non	10	(2,9 %)

Berne, le 23 novembre 1982

Le Bureau de l'Assemblée des délégués
Dr. Hanspeter Schüepp
Rose-Marie Gantier
Herbert Wyss

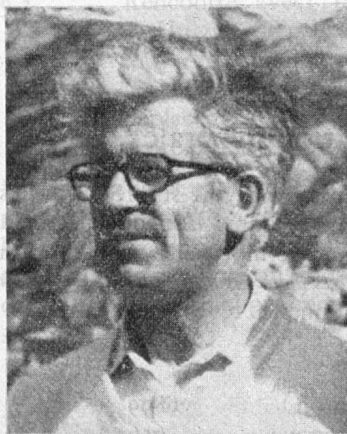
Inhalt – Sommaire

Ergebnis der Urabstimmung zur Frage des Schuljahrsbeginns	353
Début de l'année scolaire. Résultats de la votation générale	353
† Ernst Moeri	354

Bernischer Gymnasiallehrerverein	354
Grundsätze zur Entwicklung des bernischen Bildungswesens	355
Réforme du système bernois de formation	356
Centre de perfectionnement du corps enseignant	360

† Ernst Moeri

Völlig unerwartet verstarb am 7. November 1982 nach kurzer Krankheit Ernst Moeri, Sekundarlehrer in Burgdorf. Ernst Moeri wurde am 5. Juni 1925 als Sohn eines Landwirtes in Gempnach FR geboren. Nach dem Besuch der Sekundarschule Murten und einem Welschland-



jahr arbeitete er auf dem elterlichen Betrieb. In den Wintersemestern 1942 bis 1945 absolvierte er die landwirtschaftliche Schule Grangeneuve FR, was in ihm den Wunsch weckte, im schulischen Bereich tätig zu werden und ins Lehrerseminar Fribourg einzutreten.

Nach mehrjähriger Tätigkeit als Primarlehrer nahm er an der Universität Fribourg das Sekundarlehrerstudium auf, das er im Oktober 1958 mit dem Lizenziat phil. nat. abschloss.

Im Frühling 1959 wurde Ernst Moeri als Lehrer mathematisch-naturwissenschaftlicher Richtung an die Mädchensekundarschule Burgdorf gewählt. Nach dem Zusammenschluss der Knabensekundarabteilung des Gymnasiums mit der Mädchensekundarschule im Herbst 1963 unterrichtete er an der neu geschaffenen Sekundarschule Gsteighof.

Ernst Moeris Lehrtätigkeit war geprägt durch eine zutiefst menschliche Grundhaltung, welche nicht Wissensvermittlung allein, sondern auch Charakterbildung und Persönlichkeitsformung anstrebte. Um diese Ziele zu erreichen, war er bereit, sich mit ganzer Kraft und nötigenfalls mit grossem persönlichem Zeitaufwand einzusetzen.

Seine überdurchschnittlichen Fähigkeiten im technisch-handwerklichen Bereich erlaubten ihm, das neu geschaffene Fach «Praktisches Arbeiten – Metallbearbeitung» mit grossem Erfolg zu unterrichten, und ausserdem pflichtbewusst die Vielzahl technischer Apparate und Einrichtungen unserer Schule fachgerecht zu betreuen. Mit seiner uneigennütigen Hilfsbereitschaft leistete er manchem technisch weniger begabten Kollegen wertvolle Dienste. Sein verträgliches Wesen und seine verständnisvolle Art wirkten nicht selten innerhalb des Kollegiums ausgleichend.

Ruhe und Entspannung fand Ernst Moeri vor allem im Kreise seiner Familie. 1953 hatte er sich mit Heidi Etter aus Ulmiz verheiratet. Der glücklichen Ehe waren drei Töchter und zwei Söhne entsprossen. Seiner Familie war er ein treubesorgter Vater, und er verfolgte die Entwicklung seiner Kinder mit grosser Anteilnahme und Freude.

Diese menschliche Zuwendung erstreckte sich auf einen weiteren Kreis vorzüglich älterer, alleinstehender Menschen, die er regelmässig besuchte und denen er hilfreich beistand. Einen grossen Teil seiner Freizeit verbrachte Ernst Moeri in seiner gut und vielseitig eingerichteten Werkstatt und in seinem ausgedehnten Garten. Diese Tätigkeiten brachten ihm Freude und Erholung.

Die Sekundarschule Burgdorf dankt ihrem liebenswürdigen und stets hilfsbereiten Lehrer für seinen unermüdlichen Einsatz im Dienste der Jugend.

Sekundarschulkommission und Lehrerschaft

Bernischer Gymnasiallehrerverein

Mitteilungen aus dem Vorstand

In zwei Sitzungen (2. 9. und 3. 11.) hat sich der Vorstand unter anderem mit folgenden Fragen befasst:

1. Der Vorstand setzte sich in Zusammenarbeit mit dem BLV, dem BSV und der KRK energisch zur Wehr gegen eine durch Finanz- und Erziehungsdirektion aus Spargründen vorgeschlagene massive Reduktion der *Entlastungslektionen* für Schulleiter und Mitarbeiter in der Schulleitung.

2. Die Stellungnahme zur *Teilrevision der Verordnung über die ordentlichen Maturitätsprüfungen an den Gymnasien des Kantons Bern* wurde nach Anhören der direkt betroffenen Fachschaften bearbeitet und verabschiedet. Der Hauptantrag der KRK zur Neufassung der Artikel 8.3 und 8.5 wird trotz nicht geringer Bedenken zur weiteren Prüfung unterstützt. (Die Stellungnahme kann bei den Vorstandsmitgliedern eingesehen werden.)

3. Vernehmlassung zur *Lektionentafel für gymnasiale Klassen innerhalb der Schulpflicht*. Der Vorstand stellt sich entschieden und geschlossen gegen eine Vorwegnahme von strukturellen Änderungen im Rahmen der Lehrplanrevision. Wenn diese vor der Gesamtrevision der Bildungsgesetzgebung durchgestiert werden soll, so hat sie sich in engen Grenzen zu halten. Sollte das unsere Erziehungsdirektion, die zur Zeit beauftragt ist, Mittel und Wege zum Sparen zu finden, nicht einzusehen vermögen, werden wir die kostspieligen Lehrplan- und Lehrmittelvorhaben dem Parlament und der Öffentlichkeit zu einer kritischen Prüfung vorlegen müssen. (Unsere Stellungnahme kann bei den Vorstandsmitgliedern eingesehen werden; sie ist durch fundierte Ergänzungen einzelner Fachschaften und Kollegien ergänzt worden.) Wir haben das gesamte «Paket», das von grossem Engagement zeugt, anlässlich einer Aussprache, zusammen mit BLV- und BMV-Vertretern, an die ED weitergeleitet.

4. *Gesamtrevision der Bildungsgesetzgebung*. Der Fragebogen wird als unzulänglich beurteilt. In einer besonderen Eingabe über den BLV wird die ED ersucht, den Fragebogen umgehend zurückzuziehen beziehungsweise nicht auszuwerten. Eine ausführliche Stellungnahme des Vorstandes zum gesamten «Blaubuch» wurde fristgerecht an den BLV weitergeleitet und zugleich der eigenen DV vorgelegt. (Auch diese Stellungnahme kann bei den Vorstandsmitgliedern beziehungsweise bei den Delegierten eingesehen werden.)

5. Vorbereitung der DV und JV vom 3. November.

6. Zur Referendumsabstimmung vom 28. November

betreffend die *Teilrevision des Universitätsgesetzes* wird der DV keine Empfehlung unterbreitet, obwohl sich mehrere Vorstandsmitglieder dahingehend äussern, dass sie trotz einiger Vorbehalte zustimmen werden.

7. Als Nachfolger für Claude Jeanneret (Thun) wird Dr. Peter Schürch (Burgdorf) neu in die *kantonale Kommission Gymnasium-Universität* abgeordnet. Im Rahmen der Gesamterneuerung dieser Kommission besteht noch eine weitere Vakanz. Interessenten melden sich bitte bis zum 24. Dezember beim Präsidenten (Tel. 032 25 70 44).

Datum der nächsten Sitzung: Dienstag, den 18. Januar 1983, 14.15 Uhr.

Delegierten- und Jahresversammlung 1982

62 der 64 statutarisch bestimmten Delegierten markierten am 3. November mit ihrer Präsenz die Bedeutung der diesjährigen *Delegiertenversammlung* in der Aula des Gymnasiums Bern Neufeld. Im Mittelpunkt stand neben der *Verabschiedung neuer Statuten* zuhanden der *Urabstimmung* die *Stellungnahme des Vereins zum Grundsatzpapier der Erziehungsdirektion im Hinblick auf die Revision der Bildungsgesetzgebung*. Die kritische Eingabe des Vorstandes wurde mit grosser Geschlossenheit gebilligt. Zu durchleuchten war zudem der Vernehmlassungsentwurf des Bernischen Lehrervereins, dies im Hinblick auf dessen Abgeordnetenversammlung vom 1. Dezember 1982. Im Verlaufe der regen Diskussion – geführt durch den Präsidenten und sehr sachkundig unterstützt durch Dr. Christoph Zürcher, Biel (Vertreter des BGV im KV des BLV) – wurde deutlich, dass bei den Gymnasiallehrern die Auffassung besteht, dass das Ineinandergreifen von Volksschule und Gymnasium erhalten bleiben soll. Die progymnasiale Förderung soll gemäss eidgenössischer Maturitäts-Anerkennungs-Verordnung (MAV) mit dem siebenten Schuljahr einsetzen und den regionalen Gegebenheiten entsprechend organisiert bleiben. Damit ist ausdrücklich zugestanden, dass diese Aufgabe neben dem Gymnasium auch Sekundarschulen anvertraut werden kann, wenn die Voraussetzungen dazu gegeben sind. *Entscheidend ist, dass die Oberstufe des Gymnasiums mit der Quarta beginnen kann* (neu als Abklärungsjahr bezeichnet, das Schüler vorwiegend des neunten, aber auch des zehnten Schuljahres aufnimmt). Der BGV lässt sich in dieser Frage nicht von standespolitischen Überlegungen leiten; im Vordergrund steht vielmehr der begabte Schüler, dem es auch weiterhin möglich bleiben soll, die Maturitätsprüfung so zeitig abzulegen, dass er die Studien – die heute im Normalfall vier bis sieben Jahre dauern – vor seinem 20. Geburtstag aufnehmen kann, wenn er will. Dem theoretischen Teil des Grundsatzpapiers der ED billigt der BGV positive Ansätze zu; doch kritisiert er, dass aus diesen positiven Ansätzen nicht die folgerichtigen Schlüsse für das strukturelle Konzept gezogen werden.

Im Verlaufe der *statutarischen Geschäfte*, die reibungslos abgewickelt werden konnten, wurden Max Weyermann (Wirtschaftsgymnasium Bern-Neufeld), Hansjürg Lengacher (Realgymnasium Bern Neufeld) und Dr. Urs Zahnd (Freies Gymnasium Bern) neu in den 19köpfigen Vorstand gewählt. Sie ersetzen die scheidenden Mitglieder Peter Wagner, Dr. Louis Burgener und Anton Mächler.

Die Mittagszeit nutzten die meisten Delegierten zu informellen Gesprächen im Kreise der *Fachschaften*.

Der Nachmittag war der traditionellen *Jahresversammlung*

gewidmet, die ebenfalls einen guten Besuch zu verzeichnen hatte, namentlich auch zahlreiche Gäste, unter ihnen der Rektor der Universität Bern, Prof. Dr. J. Geiss, Universitätssekretär Dr. P. Mürner, die Professoren M. Mumenthaler, W. Mosimann und der Präsident der schweizerischen Kommission Gymnasium-Universität, Dr. E. Knecht (Möhl AG). Zum Thema *«Optimale Vorbereitung auf die Hochschule»* suchten Frau Dr. iur. Gret Haller, Anwältin und Stadträtin in Bern, cand. med. Liana Camin, Prof. Dr. Peter Saladin, Ordinarius für Staats-, Verwaltungs- und Kirchenrecht an der Universität Bern, Dr. Daniel Koenig, Gymnasiallehrer und Lehrbeauftragter für Altfranzösisch und Fachdidaktik an der Universität Bern und cand. med. Peter Maurer unter der Leitung des BGV Präsidenten das Gespräch zwischen Gymnasium und Universität in Gang zu setzen. Einen Lichtblick in die heute nicht mehr in allen Teilen befriedigende Situation der Gymnasiasten und Studenten, die freilich in einem allgemeineren Umfeld gesehen werden muss, warf die lebhafteste Diskussion mit dem Plenum, welche dem offenen Gespräch folgte. Vieles ist nicht neu, aber es ist eine Aufgabe klarer aus dem Halbdunkel hervorgetreten: Das Gespräch zwischen Gymnasium und Universität muss intensiviert werden!

Der Präsident des BGV: Dr. Arthur Reber

Grundsätze zur Entwicklung des bernischen Bildungswesens

Stellungnahme zu Kapitel 1–10 (S. 55–69)

Grundsätze zur Volksschule (Zusammenfassung)

Änderung der bisherigen Struktur der Volksschule durch eine Verschiebung der Differenzierung in Sekundar- und Primarstufe (jetzt Realstufe genannt) um ein oder zwei Jahre, also nach der 5. oder 6. Klasse. Die Verfasser wollen durch eine Orientierungsstufe (4. und 5. oder 5. und 6. Klasse) die punktuellen Sekundarschulprüfungen durch längere Beobachtung, Eignungsabklärung und Beratung ersetzen. Die Eltern sollen ein vermehrtes Mitspracherecht bei der Selektion zugewiesen bekommen. Die Sekundarschule und Realschule sollen grössere Durchlässigkeit erhalten, das heisst begabte Realschüler sollen während ihrer Schulzeit, wenn möglich auch ohne Wiederholung einer Klassenstufe, in die Sekundarschule eintreten können. Es sollen wo möglich kooperative Schulen entstehen, wo Sekundar- und Realstufe organisatorisch zusammenarbeiten, um die Durchlässigkeit verbessern zu können. Die Lehrer sollen auf die neuen Strukturen vorbereitet werden.

Neu geschaffene Elternräte (pro Klasse ein Vertreter) sollen den Eltern vermehrt Einfluss in die Schule ermöglichen.

Träger der Schulen sind die Einwohnergemeinden.

Die Noten sollen in den ersten Jahren durch Berichte ersetzt werden. Die Pensen sollen am Entwicklungsstand der Schüler orientiert werden.

«Der Lehrfreiheit der Lehrer kommt im bernischen Schulwesen grosse Bedeutung zu. Sie soll nicht aufgegeben werden.» Schulkoordination soll schon wegen der national geregelten Maturität angestrebt werden. Zusammenarbeit der Schulen steht (aber) unter dem Grundsatz der föderalistischen Staatsstruktur.

Stellungnahme

Der Konflikt der Verfasser der Grundsätze zeigt sich darin:

Eine Gesamtschule anzustreben –
und doch auf die gewachsene differenzierte Struktur Rücksicht nehmen zu müssen.

Integrieren zu wollen, Durchlässigkeit zu ermöglichen –
und doch zu selektionieren und zu differenzieren.

Koordinieren und «harmonisieren» zu wollen –
und doch die Lehrfreiheit und den Schulföderalismus zu garantieren.

Gemeindeschulen mit Elternräten zu postulieren –
und doch von der Erziehungsdirektion aus dirigieren zu wollen und von oben eine einheitliche Staatsschule zu schaffen.

Notengebung abzubauen –
und doch Selektionierungskriterien für die Differenzierung der Sekundarstufe I zu erhalten.

Wertung der Unterschiede von Sekundar- und Realstufe abzubauen –

bei einer Gesellschaft, die mehrheitlich noch immer den intellektuellen Vorsprung besser bewertet als künstlerische, soziale und manuelle Fähigkeiten.

Fachlehrersystem ab der Sekundarstufe I zu verlangen –
und doch einen Klassenlehrer zu wollen.

Besitzstand der bisherigen Lehrer zu wahren –
und doch neue Strukturen fordern zu müssen.

Persönlichkeitsbildung, Verständnis für den Mitmenschen heranbilden, musische und manuelle Begabungen fördern (Ziele und Aufgaben S. 55/56) –

und doch als höchstes Heilsziel aller Schüler die formalistische Norm der eidgenössischen Maturitätsverordnung anzustreben.

Da im Pädagogischen nur Klarheit im Menschenbild und in der Konzeption eine effiziente Wirkung hat, verwerfen wir dieses Verwischen der sich gegenseitig aufhebenden Grundsätze (dieser Grundsätze).

Keine Schule kann eine Allernstsschule sein. Und welches Konzept das richtige sei, kann auch nicht durch einen Mehrheitsentscheid festgestellt werden.

Darum fordern wir anstelle eines Sich-Festlegens auf ein Konzept gesetzliche Grundlagen, worauf sich verschiedene Konzepte in der Praxis bewähren können (dies allerdings nicht in der unrentablen Weise, wie dies im Manuel-Schulversuch praktiziert wurde, der viel Geld kostete und ja nur Binsenwahrheiten zutage förderte). Die verschiedenen Konzepte sollen den Staat nicht mehr belasten als bisher. Es könnten ja pro Schüler Beiträge an die Gemeinden abgegeben werden und den Rest müssten sich die direkt betroffenen Gemeinden selbst beschaffen.

Anstelle des *mehrheitlichen* (russisch: bolschewistischen) Prinzips sollte das föderalistische Nebeneinander möglich werden.

Folgende Konzepte sollen nicht *entweder/oder* und in *dialektischer* Weise, sondern *sowohl als auch, dialogisch* neben einander möglich sein:

- Bisherige Struktur der Sekundar- und Primarschule soll, wo die betroffenen Eltern und Lehrer dies wollen, beibehalten werden.
- Vorgeschlagene Konzepte der Differenzierung der Sekundarstufe I erst nach der 5. oder nach der 6. Klasse sollen dort eingeführt werden können, wo die Ge-

meinden dazu bereit sind. Allerdings sollten klare Konzepte erarbeitet werden, wo den Schülern nicht vorgegaukelt wird, dass eine Durchlässigkeit grundsätzlich möglich ist. Es müssen praktikierbare Konzepte sein, worin sich die Grundsätze wie oben beschrieben, nicht aufheben oder nur Lippenbekenntnisse bleiben.

- Konzepte anderer weltanschaulicher oder reformpädagogischer Richtung sind innerhalb der Gemeindeschulen möglich, sofern Eltern und Lehrer es wünschen. Es sei hier im Speziellen auf die Rudolf-Steiner-Gesamtschulen hingewiesen, die seit über 60 Jahren aus einem differenzierten Menschenbild ein klares Konzept nicht nur postulieren, sondern in über 200 Schulen auf der ganzen Welt praktizieren. Sie führen zum Beispiel in Deutschland in ungebrochenen Klassenzügen bis zum Abitur oder zur Berufslehre (Hyberniaschule). Im Kanton Bern arbeiten zurzeit sechs Schulen nach diesen Prinzipien (Bern 2, Ins, Biel, Trubschachen, Spiez). In Bern und Ins werden 12 Klassen geführt, die zumindest in den drei oberen Klassen mit der Diplommittelstufe zu vergleichen sind.

Solche und ähnliche Konzepte sollen an Gemeindeschulen verwirklicht werden können. Der Staat gewährt also den Gemeindeschulen die Wahl ihrer Konzepte. Da nur eine Mehrheit, aber nie alle Eltern hinter einem Konzept stehen können, braucht es freie Schulen (Privatschulen), damit alle Eltern die geeignete Schule für ihre Kinder finden können, *ohne finanzielle Einbusse und wie an Gemeindeschulen zum Nulltarif*. Die Volksinitiative für freie Schulwahl, die im März 1981 zustande gekommen ist und im Jahre 1983 oder später dem Volke zur Entscheidung vorgelegt wird, bildet bereits die gesetzliche Grundlage für die Bildung freier Schulen, worin die Eltern zum Nulltarif ihre Kinder schulen lassen können. Damit wäre der Staat entlastet von der Aufgabe, in der Staatsschule allen Eltern gerecht werden zu müssen. Es könnten auch innerhalb der Staatsschule klare Schulkonzepte praktiziert werden, die ja bekanntlich gerade den Privatschulen bis jetzt vorbehalten waren.

Zudem wird die Fleissarbeit dieser Grundsätze nie in der Praxis zum Tragen kommen, wenn gewachsene Strukturen so radikal auch dort zerstört werden, wo sie noch gut funktionieren. Das Bernervolk lässt nicht Bewährtes im Stich, um es gegen neue Konzepte einzutauschen, die nicht von den betroffenen Lehrern und Eltern selbst getragen werden. Anstelle einer revolutionären Änderung von oben (Erziehungsdirektion), ist ein organisch-evolutionärer Weg, wie hier vorgeschlagen wird, vorzuziehen.

Ueli Seiler, Heimleiter

(Präsident des Initiativkomitees für freie Schulwahl)

L'Ecole bernoise

Réforme du système bernois de formation

Nous estimons qu'il est indispensable que les collègues de la partie de langue française du canton de Berne, qui ont participé dans des conditions difficiles à la consultation sur la réforme

du système bernois de formation, connaissent la synthèse des remarques et propositions adressées à la SEJB, ainsi que la prise de position que cette dernière a adressée à la Société des enseignants bernois.

La SEB, sur la base des réponses des différentes sections et des organisations de degrés, a également élaboré une prise de position qui sera soumise à l'Assemblée des délégués de la SEB du 1^{er} décembre 1982. La prise de position de la SEJB, que vous pourrez lire ci-après, sera jointe à celle de la SEB et transmise telle quelle à la Direction de l'instruction publique.

Nous tenons, au nom des enseignants de langue française, à remercier la Société des enseignants bernois de l'importance qu'elle accorde ainsi à ses membres romands.

Prise de position de la Société des enseignants du Jura bernois

Dans sa séance du 30 septembre 1982, le Comité central de la Société des enseignants du Jura bernois a pris connaissance des réponses et des remarques des enseignants de la partie de langue française du canton de Berne au sujet de la consultation sur les «Principes fondamentaux pour une réforme du système bernois de formation». Sur la base des réponses qui lui sont parvenues, le Comité central de la SEJB a déterminé comme suit sa prise de position qu'il a transmise à la Société des enseignants bernois.

I. Préambule

La Société des enseignants du Jura bernois tient tout d'abord à remercier la Direction de l'instruction publique et en particulier M. Max Keller de l'excellent rapport qui a été élaboré et de la possibilité qui a été donnée aux enseignants de se prononcer sur l'avenir de l'école bernoise.

La SEJB regrette toutefois le peu de temps à disposition des enseignants pour une bonne information et une consultation valable. Si le rapport en allemand a été envoyé au début du mois de juillet, la traduction française n'est parvenue au Secrétariat de la Société des enseignants bernois que le 20 août 1982. En raison des délais fixés par la SEB qui entend faire ratifier sa prise de position par une Assemblée des délégués, les enseignants de langue française avaient à peine un mois pour se prononcer. C'est nettement trop court si l'on songe que ce projet envisage de modifier profondément les structures scolaires des prochaines décennies.

La SEJB regrette d'autre part que le rapport n'ait pas été envoyé à tous les enseignants. Même si certains se désintéressent de la politique scolaire, nous estimons que tous auraient dû recevoir le rapport. Ce fut une économie peu judicieuse, puisque de nombreux collègues ont demandé des exemplaires supplémentaires. Ils ont malheureusement dû attendre plus de dix jours avant de les recevoir.

Malgré ces délais très courts et cette distribution insuffisante, de nombreux enseignants ont participé à la consultation, que ce soit à titre personnel ou par le canal des collèges des maîtres, des sections ou des organisations de degrés.

En ce qui concerne la traduction, plusieurs lacunes, parfois importantes, ont été relevées. Nous ne nous y attar-

derons pas, étant donné qu'il ne s'agit que d'un rapport préliminaire qui doit permettre de déterminer les grandes lignes de la future école bernoise.

II. Questionnaire

Remarque préliminaire: Bien des domaines ont été ignorés par le questionnaire et on peut le regretter.

En ce qui concerne les appréciations chiffrées, elles ne reflètent que des tendances dans la mesure où les enseignants n'ont pas tous répondu de manière analogue. Dans certains cas, il n'y avait qu'une croix dans les cases alors que les réponses émanaient de plusieurs enseignants. D'autres ont indiqué à chaque fois le nombre d'enseignants favorables à telle ou telle solution.

1. Conception de la formation

La finalité de toutes les institutions de formation est la capacité d'agir. Souscrivez-vous à cette finalité, dans la mesure où elle est interprétée de manière à être adaptée à tous les niveaux?	oui	non
	105	5

La grande majorité des enseignants souscrit sans réserve à cette conception.

Certains enseignants estiment qu'il y a lieu de compléter cette finalité de la manière suivante: «La finalité de toutes les institutions de formation est la capacité d'agir et de contempler de manière autonome et responsable.»

Certains regrettent que la formulation de ce principe soit trop vague.

2. Ecole enfantine

Etes-vous partisan d'une durée de un à deux ans pour l'école enfantine?	oui	non
	110	11

La quasi-totalité des enseignants consultés ont répondu de manière affirmative à cette question.

En ce qui concerne la traduction de «Kindergarten» par «école enfantine», les avis sont partagés parmi les enseignantes concernées. Certaines enseignantes estiment qu'il faut utiliser en français le terme de «jardin d'enfants» pour bien marquer qu'il ne s'agit pas d'une école à proprement parler. D'autres, au contraire, pensent qu'il faut utiliser le terme «école enfantine» employé dans toute la Suisse romande.

De manière générale, les enseignants saluent le caractère obligatoire pour les communes d'ouvrir des jardins d'enfants et le caractère facultatif de la fréquentation. Même si quelques collègues souhaitent que le jardin d'enfants soit obligatoire durant une année, la SEJB ne saurait souscrire à cette proposition.

Il est évident que, dans des communes très petites, la possibilité doit être donnée de se grouper pour exploiter un jardin d'enfants.

Durée: La SEJB estime que la formulation «un ou deux ans» est plus précise que «un à deux ans» et doit être préférée.

Certains collègues, partisans de la formulation «un à deux ans» demandent qu'il soit aussi possible de fréquenter le jardin d'enfants durant une année et demie. Les jardinières d'enfants, soutenues sur ce point par la

SEJB, pensent que cela est difficilement réalisable et s'opposent à cette éventualité.

Les jardinières d'enfants et la SEJB s'opposent également à l'introduction du système de trois années de jardins d'enfants.

Les enseignants insistent sur le fait que la deuxième année ne doit en aucun cas être une répétition de la première.

«*Spécialistes*»: Les jardinières d'enfants s'opposent à ce que des «spécialistes» soient envoyés dans leurs classes pour déceler d'éventuels problèmes. En cas de besoin, elles feront elles-mêmes appel aux offices compétents.

Certains estiment qu'il serait bon de prévoir dès à présent l'égalité entre hommes et femmes et de donner la possibilité aux hommes de pratiquer le métier de «jardinier d'enfants». Il serait bon également de mentionner l'enseignement en duo qui a donné jusqu'à présent des résultats positifs.

3. Ecole obligatoire

C'est évidemment dans ce domaine que les controverses ont été les plus vives. Nous donnons les chiffres avant les commentaires qui nous paraissent toutefois plus importants.

31 Proposeriez-vous la réalisation		
– du modèle 5/4 (début du 1 ^{er} cycle secondaire après la 5 ^e année scolaire)	oui	non
	40	69
– du modèle 6/3 (début du 1 ^{er} cycle secondaire après la 6 ^e année scolaire)	70	40
32 Approuvez-vous les propositions relatives à la conception du 1 ^{er} cycle secondaire?	72	19

La majorité des enseignants – la minorité des maîtres secondaires – s'est prononcée pour le système 6/3. Quelques enseignants primaires et bon nombre de maîtres secondaires regrettent que le système actuel n'ait pas également été proposé.

C'est pourquoi nous nous permettons de l'évoquer ci-après:

Système actuel

Certains collègues, en particulier au niveau secondaire, estiment que le système actuel n'est pas si mauvais qu'on veut bien le dire et qu'on aurait aussi dû le proposer. Pour eux, rien ne prouve que le système 4/5 est mauvais et que la sélection n'a plus sa raison d'être. Ils estiment que les nouvelles structures marquent un net recul par rapport à la situation actuellement en vigueur et qu'elles conduisent à un nivellement par le bas. «Il n'y aura certes pas plus de mauvais élèves, mais les bons éléments ne pourront pas recevoir la formation à laquelle ils ont droit.»

Certains refusent les deux modèles proposés parce qu'ils estiment que la sélection s'effectuera au moment de la crise de l'adolescence et de la puberté et qu'elle sera certainement plus mauvaise qu'actuellement.

Ils estiment qu'il y a lieu de maintenir le système actuel, en repoussant éventuellement la sélection d'une année et en revalorisant l'école primaire (augmentation des options, diminution du nombre d'élèves obligatoires pour l'organisation d'un cours à option).

5/6 ou 6/3?

Beaucoup de collègues regrettent que la question n'ait pas été posée de manière plus générale, comme par exemple:

«Approuvez-vous la réalisation

– d'un modèle (5/4 ou 6/3) comprenant une phase d'orientation,

– un tronc commun plus long,

– un 1^{er} cycle secondaire,

– une scolarité obligatoire de 9 ans.»

Cette question plus générale aurait permis de rallier la plupart des enseignants primaires et secondaires et aurait évité un certain affrontement entre les deux groupes. (Il est clair que, par la suite, il aurait bien fallu se prononcer sur l'une ou l'autre des solutions.)

A part les enseignants de l'école secondaire, la grande majorité des enseignants s'est prononcée pour le système 6/3. Nous tenons à apporter les remarques faites dans les deux cas.

5/4

Avec ce système, on pourrait assurer une meilleure préparation au gymnase et aux études supérieures que ce ne serait le cas avec le système 6/3.

Il faut éviter de freiner trop longtemps les élèves doués.

Avec le système 5/4, le nivellement par le bas serait moins prononcé qu'avec le système 6/3.

Le désavantage du système 5/4 est le bas âge de l'enfant au moment du début de la phase d'orientation. A 10 ans, il ne peut guère se sentir responsable de son avenir lors du passage en section A.

6/3

Désavantage: Les élèves n'ont que trois ans d'école secondaire en vue de leurs études ultérieures.

Avantages: Les quatre premières années de scolarité ne sont pas perturbées par des questions d'orientation. Cette période permet donc une solide formation de base. La sélection tardive permet aux élèves de mieux se prendre en charge.

Il est faux de prétendre que la puberté et l'adolescence perturberont profondément l'orientation puisque cette dernière s'effectuera pendant les deux années précédant cette période de la vie.

Phase d'orientation

Le Comité central de la SEJB regrette que le rapport n'ait pas été plus précis en ce qui concerne la structure de la phase d'orientation et du 1^{er} cycle secondaire (statut des maîtres primaires, des maîtres secondaires et des maîtres de branches).

Certains enseignants estiment qu'il ne devrait y avoir qu'un maître dans la première année de la phase d'orientation, mais plusieurs maîtres primaires et secondaires dans la deuxième année.

Les maîtres secondaires estiment qu'il est indispensable qu'ils participent à l'enseignement de toute la phase d'orientation, en collaboration avec les maîtres primaires.

La plupart des enseignants de tous les degrés souscrivent sans réserve à la suppression des examens d'admission à l'école secondaire. Les élèves pourront être

suivis et jugés durant les deux années de la phase d'orientation. Il s'agira alors de les évaluer «en douceur» et d'éviter que le stress des examens ne dure deux ans.

Une collaboration étroite entre enseignants primaires et secondaires (et aussi avec les parents) sera nécessaire. Il s'agira de définir avec précision le mode de cette collaboration.

Les enseignants, dans leur quasi-unanimité, voient d'un mauvais œil les parents s'immiscer dans le domaine pédagogique. Ils craignent leur incompétence et pensent que cette participation ne pourrait avoir que des effets négatifs. Quelques-uns cependant souhaitent le renforcement de la collaboration avec les parents qui ne doivent toutefois pas avoir un pouvoir de codécision dans les affaires scolaires.

1^{er} cycle secondaire

La centralisation des deux sections du cycle secondaire pourrait menacer l'existence de certaines écoles dans les petites localités. Il faut l'éviter à tout prix. L'existence des classes à plusieurs degrés est également menacée et il faudra procéder à des transports d'élèves et à des regroupements. Ce qui paraît aisément réalisable dans des centres urbains posera des problèmes quasi insolubles dans les régions rurales.

Il faudra veiller à assurer la perméabilité entre les sections A et B. Les élèves des sections B doivent avoir à tout moment la possibilité de passer dans une section A du même degré. Il faudra, pour cela, introduire la possibilité de cours d'appui et de rattrapage.

Dans la section B, comme dans la section A, il faudrait prévoir une période probatoire de six mois pour permettre la perméabilité entre la section B et la section A. Il faudra également prévoir un enseignement différencié pour les élèves de la section B.

Effectifs: Pour améliorer réellement la qualité de l'école, il faudra veiller à maintenir aussi bas que possible les effectifs des classes.

4. Ecoles moyennes du degré diplôme (EMD)

Approuvez-vous que les EMD ne soient pas seulement implantées à Berne et à Bienne, mais également dans d'autres régions?	oui	non
	122	7

La réponse est claire: pratiquement tous les enseignants sont favorables à la proposition. Certains insistent sur l'importance de telles écoles entre le gymnase et les écoles professionnelles.

5. Gymnase

Approuvez-vous		
51 l'introduction systématique de la formation gymnasiale discontinue?	oui	non
	48	33
52 le début du gymnase après la scolarité obligatoire?	121	2

Il est évident que la première question n'a pas été comprise par la plupart des enseignants de langue française. Actuellement, la formation gymnasiale est déjà discontinue. Certains enseignants ont pensé qu'il s'agis-

sait des dernières années du gymnase, qu'il pourrait y avoir une interruption dans les études gymnasiales.

Les enseignants et la SEJB demandent que la formation gymnasiale ne commence qu'après la scolarité obligatoire.

Certains enseignants se sont également prononcés pour la réduction des types de maturité, réduction qui devrait conduire à une maturité unique.

6. Education permanente

Souscrivez-vous au renforcement de l'éducation permanente?	oui	non
	117	9

La SEJB estime qu'il importe de vouer une attention particulière à l'éducation permanente, surtout à l'heure actuelle où tout évolue très rapidement et où il faut se montrer mobile et prêt à envisager parfois une nouvelle formation.

Les enseignants insistent encore sur la nécessité de réaliser au plus vite le Centre de perfectionnement de la partie de langue française du canton (Centre d'information, d'orientation et de documentation pour l'éducation permanente).

III. Autres remarques

1. Conceptions globales

On parle souvent de «conceptions globales» sans en connaître toutes les «retombées», toutes les incidences. Des idées parfois généreuses au départ peuvent s'avérer par la suite être très compliquées et difficiles à réaliser. Il nous paraît important que les enseignants soient également associés aux différentes phases de la mise en place des nouvelles structures.

2. Université

La SEJB insiste sur la nécessité de permettre l'immatriculation sans examen, sauf pour la faculté de médecine, pour les détenteurs d'un brevet d'enseignement.

Il sera important que le gymnase et l'université revoient leurs exigences en tenant compte du niveau atteint à la fin du 1^{er} cycle ou du 2^e cycle secondaire.

3. Inspecteurs

La SEJB estime que le statut des inspecteurs devrait être revu. Il devrait y avoir des administrateurs qui collaboreraient avec la Direction de l'instruction publique et feraient la liaison entre la DIP et les enseignants ou les parents. Il faudrait en outre prévoir des conseillers pédagogiques qui n'auraient pas une fonction de contrôle, mais qui conseilleraient, aideraient les enseignants.

4. Formation des enseignants

La SEJB approuve le fait qu'on attende la définition des structures avant d'envisager une conception globale de la formation de toutes les catégories d'enseignants. Elle est également d'avis que les différentes voies de formation devraient comporter une partie commune pour les enseignants de tous les degrés.

5. Liberté de l'enseignant

La SEJB salue avec satisfaction le fait que la liberté de l'enseignement soit mentionnée dans le rapport. Il importe que l'enseignant puisse exercer ses fonctions d'une manière indépendante tout en respectant le plan d'études.

L'enseignant doit pouvoir tenir compte des circonstances particulières à chaque école et à chaque enfant.

6. *A travail égal, salaire égal*

Le problème des enseignants de différents niveaux de formation et enseignant dans les mêmes classes devra être étudié très attentivement (phase d'orientation et 1^{er} cycle secondaire).

Les enseignants primaires devront avoir la possibilité de suivre, à des conditions acceptables, des cours de formation ou de perfectionnement en vue d'obtenir une situation identique à leurs collègues secondaires.

Le problème des maîtres généralistes devra être étudié avec attention. Bien des enseignants regrettent cette évolution qui conduira pratiquement à la suppression des maîtres généralistes.

7. *Moyens financiers*

La SEJB estime qu'il est illusoire de vouloir réaliser les objectifs de ce rapport sans que les moyens financiers soient mis à disposition. Si on veut une réforme, il ne doit pas s'agir d'une réforme au rabais.

Il faudra prévoir la mise en place de nombreuses commissions et de nombreux groupes de travail. Par la suite, il faudra également de nombreux cours de perfectionnement et de recyclage, de nouveaux moyens d'enseignement, de nouveaux plans d'études, etc.

Il sera donc important que les moyens financiers soient mis à disposition.

IV. Conclusion

Nous demandons à la Société des enseignants bernois et à la Direction de l'instruction publique d'étudier avec attention les propositions de la SEJB et, si nécessaire, de prévoir des dispositions particulières pour la partie de langue française du canton.

La SEJB demande aux organes compétents de tout mettre en œuvre pour réaliser les objectifs envisagés

dans ce rapport. Si les nouvelles structures devaient toutefois être refusées par le Grand Conseil ou par le peuple, nous demandons à ce que le système actuel soit amélioré sans tarder, en tenant compte des vœux des enseignants.

Société des enseignants du Jura bernois

Centre de perfectionnement du corps enseignant

Cours et manifestations du mois de janvier 1983

- 2.2 *Concept de coordination scolaire romande.* M. Michel Bovard. 7 janvier à Neuchâtel.
- 2.9 *Animation théâtrale.* M. Gérard Bétant et M. Claude Mayor. Du 6 au 9 janvier dans le canton de Vaud.
- 5.1.2 *Peinture paysanne (AMEEJB).* M^{me} Schüpbach. 19, 26 janvier, 2, 9 et 16 février à Bienne.
- 5.102.2 *Gym - Jazz - Danse moderne (débutants) (IEP, AEPSJB).* La Castou. Dès le 10 janvier à Tavannes.
- 5.102.3 *Gym - Jazz - Danse moderne (moyens) (IEP, AEPSJB).* La Castou. Dès le 10 janvier à Tavannes.
- 6.13.4 *Ski alpin (IEP).* Du 4 au 8 janvier aux Crosets (VS).
- 7.2 *L'éducation préscolaire et la théorie de Piaget.* M^{me} Anne Mœckli. Dès janvier à Bienne.
- 7.4 *Meilleure intégration des enfants étrangers à l'école infantine.* M^{me} M. Portelli. Dès janvier à Bienne.

Le directeur: W. Jeanneret

Redaktion: Hans Adam, Olivenweg 8, 3018 Bern/Postfach, Telefon 031 56 03 17 (evtl. über 037 39 21 86 erreichbar).

Alle den Textteil betreffenden Einsendungen, ob für die Schweizerische Lehrerzeitung oder das Berner Schulblatt bestimmt, an die Redaktion.

Bestellungen und Adressänderungen an das Sekretariat des BLV, Brunngasse 16, 3011 Bern, Telefon 031 22 34 16, Postcheck 30-107 Bern.

Redaktor der «Schulpraxis»: H.-R. Egli, 3074 Muri bei Bern, Breichtenstrasse 13, Telefon 031 52 16 14.

Druck: Eicher & Co., Postfach 1342, 3001 Bern.

Rédaction pour la partie française: Yves Monnin, secrétaire adjoint SEB, Brunngasse 16, 3011 Berne, téléphone 031 22 34 16.

Prière d'envoyer ce qui concerne la partie rédactionnelle (y compris les livres) au rédacteur.

Pour les changements d'adresses at les commandes, écrire au Secrétariat de la SEB, Brunngasse 16, 3011 Berne, téléphone 031 22 34 16, chèques postaux 30-107 Berne.

Impression: Eicher & Co., Case postale 1342, 3001 Berne.